

Freitag, den 24. November.

Thionville

Nro. 278.

Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — Inserate werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die vierseitige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 3 Pf.

1871.



Zeitung.

Vor einem Jahre.

24. November. Capitulation von Diedenhofen (Thionville). Die 400 Mann starke Besatzung wird kriegsgefangen, 200 Geschütze werden überliefern. Kampf zweier Brigaden des 10. Armeecorps bei Beaune la Roland in der Orleans.

Tagesbericht vom 23. November.

Berlin d. 21. Sr. Maj. nahm heute Militärvorträge und die der Hofmarschälle entgegen u. ertheilte Audienzen dem Herzog Eimar von Oldenburg und dem Herzog von Hessen. Um 5 Uhr fand zu Ehren der Großfürstin Helene Diner im Königl. Palais statt. — In Folge eines leichten Unwohlseins, das sich der Kaiser schon auf der Eglinger Jagd zugezogen hatte, sind die Jagdausflüge zunächst aufgegeben. Die Regierungsgeschäfte nimmt jedoch S. M. mit der gewohnten Regelmäßigkeit wahr.

In Karlsruhe ist am 21. der Landtag durch den Großherzog eröffnet worden. Seine Thronrede enthält Bekämpfungen für die volle Hingabe zur Erstrebung der allgemeinen Ziele des großen deutschen Vaterlandes und wie immer ist derselbe in Ausdauer das leuchtende Beispiel für die deutschen Fürsten. Von Stuttgart werden nächster Tage von jedem Regimente je 16 Unteroffiziere nach Preußen abgesendet, um sich dort als Instruktoren auszubilden.

In Wien soll sich für die Bemühungen des Fürsten Adolph Ausersperg beziehentlich des zu bildenden Cabinets günstige Aussicht bieten und haben die Abgeordneten der Verfassungspartei am 22. das Programm des Fürsten bei ihrer Entbietung zu demselben gut geheißen und dessen Unterstützung verheißen. Als Kandidaten des neuen Ministeriums nennt man v. Lasser, v. Stremayr, Dr. Glaser, Dr. Unger, Ritter v. Chlumetzki, Dr. Vanhans, Dr. Breitst.

In Bern setzte der Nationalrat seine Verfassungsberatung für die Schweiz am 21. fort und nahm an diesem Tage die Bestimmung in dieselbe auf, daß der Bund zum Erlassen von Vorschriften für das Bankwesen pp. kompetent sein solle.

In Chur beabsichtigte man den Bau einer

Die Agitation der Ultramontanen, welche jetzt mit den Polen und allen deutschfeindlichen Elementen in die innigste Verbindung getreten sind, wird auf politischem so-wohl wie auf kirchlichem Gebiete unzweifelhaft bald unschädlich gemacht werden, denn nichts ist leichter, als diesen Leichtscheuen die Waffen aus der Hand zuwinden, mit denen sie ihre reichsfeindlichen Ziele zu erstreben gesunden. Die Trennung der Kirche von der Schule, die Einführung der obligatorischen Zivilehe, das Verbot der politischen Agitation auf der Kanzel und im Beichtstuhle, alle diese und ähnliche Maßregeln und Institutionen, deren Erlass und Einführung wir binnen kurzem entgegensehen dürfen, werden überall im deutschen Volke mit Freuden begrüßt werden. Allerdings ist es richtig, daß der Einfluß der „Schwarzen“ dadurch nicht vollständig gebrochen wird, denn es bleibt ihnen immer noch die Presse, deren Benutzung ihrerseits in der letzten Zeit einen nicht zu unterschätzenden Umfang gewonnen hat; indessen ist diese offen betriebene Agitation bei weitem nicht so gefährlich, als die geheimen Einflüsse auf die Gemüther der Menge, welche dem Klerus bisher zu Gebote standen. Werden ihm diese entzogen durch eine scharfe Kontrolle seiner Wirksamkeit von Seiten der Staatsgewalten, dann ist es um seine Macht geschehen, die überhaupt von jeher eigentlich nur eine eingebildete war. Die Ultramontanen existieren doch in der That nur von dem Aberglauben und der Unwissenheit der Massen; seit man diesen die Aufklärung, die volle Geistes- und Gewissensfreiheit entgegen, so wird man den Fanatismus schnell und mit Leichtigkeit entwaffnen, und entzieht man außerdem noch dem Klerus die Privilegien, welche er bisher stets zum Nachtheile des Staates ausübte, dann werden wir für immer Ruhe haben vor den Umlieben der Ultramontanen. Die „Schwarzen“ setzen allerdings ihre Hoffnungen zur Zeit hauptsächlich auf die Konstellation der europäischen Verhältnisse, auf die Nachgedanken des französischen Volks, auf den mächtigen Einfluß der Katholiken am österreichischen Hofe, allein mit allen diesen Faktoren wird unsre Armee schon fertig werden, sobald nur unsre innere Entwicklung in den gesunden Bahnen verharrt, in denen sie sich gegenwärtig befindet. Nebrigens könnte man sich vom einseitig

Bahn über den Splügen nach Lecco, wozu eine nationale Subvention von 4 Mill. Francs gefordert werden soll.

In Rom ist der König am 21. bei seinem Gentreffen von Prinzen Humbert am Bahnhofe empfangen, worden, dem sich die Minister, die Spiken der Behörden u. der Nationalgarde angellossen hatten. Seine Begrüßung von der zahlreich versammelten Bevölkerung war eine enthusiastische, während die Stadt reich mit Flaggen etc. decorirt war. In Neapel sind 3 Großfürsten und eine Großfürstin von Russland angelangt.

In Madrid hat der Ministerpräsident mehrere Capitalisten hinsichts der gehegten Besorgniß, es werde durch die Cortes ein Zinsabzug bei den fällig werdenden Coupons beschlossen werden, einigermaßen beruhigt und ihnen die volle Zahlung für den Dezember-Coupon zugesichert. Der König hat das Verbleiben des Gesamtministeriums im Amte angeordnet und nur einen neuen Minister des Außenrechts in der Person des bisherigen Gesandten am holländischen Hofe, de Blas, ernannt.

In New York haben zu Ehren des Großfürsten Alexis von Russland reiche Ovationen stattgefunden auch eine große Militär Revue von 10,000 Mann. Am 22. begibt sich derselbe nach Washington, um dem Präsidenten Grant einen Besuch abzustatten.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung. Mittwoch, 22. November.
Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 11 1/4 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: Minister Delbrück, v. Lutz, v. Mittnacht, v. Pfeiffer, v. Bülow u. A.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein.

1. Dritte Lesung des Gesetzes, betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Etat für 1871. — Kryger (Hadersleben) benutzt die Gelegenheit, um abermals auf die staatsrechtliche Stellung Nordschleswigs hinzuweisen und hervorzuheben, daß der Druck der Heimathlosigkeit schwer auf der dortigen Bevölkerung laste; er legt deshalb dem Reichstage die dringende Bitte ans Herz, dafür Sorge zu tragen, daß der Ausnahmestand endlich beseitigt werde. — Das Gesetz wird definitiv angenommen.

Ohne Debatte werden ebenfalls definitiv in dritter Lesung genehmigt die Gesetze:

deutschen Standpunkte aus nur Glück dazu wünschen, wenn das katholische Element in Österreich zur ausschließlichen Geltung gelänge, unser Einfluß auf die deutsche Bevölkerung des Kaiserstaats würde sich als dann mächtig steigern, und Österreich könnte sich nicht darüber beklagen, wenn die deutsche Bundesregierung im Falle eines ernsten Konfliktes die Wünsche der Deutsch-Oesterreicher nicht mehr so vornehm ignorirte, als dies bisher der Fall war. Der ultramontanen Agitation im Auslande können wir mithin ruhig zuschauen, sofern wir nur dafür Sorge tragen, daß der Heer dieser Agitation im Gebit des deutschen Reichs zerstört wird.

— Der vielerwähnte große Arbeitercongress, welchen die Socialdemokraten behufs Bildung eines allgemeinen Arbeiterbundes ausgeschrieben hatten, nahm am Sonntag seinen Anfang. Da die Beteiligten ausschließlich aus Anhängern der Schweizerischen Fahne und Mitgliedern der verschiedenen Striktklassen bestanden, so gleich der ganze Congress seiner äußeren und inneren Färbung nach einer kleinen socialdemokratischen Versammlung, ohne irgend welche hervorragenden Momente darzubieten. Sämtliche Redner begrüßten das Project einer Vereinigung aller Arbeiter mit lauter Freude, man betonte die Notwendigkeit einer Solidarität der Arbeiterinteressen gegenüber der internationalen Macht des Kapitals, man appellirte an den starken Arm des Proletariers, man prophezeite, daß das Beispiel Berlins zündend auf die Provinzen wirken würde und das ceterum censio ging dahin, daß nur durch einen solchen, bewaffneten Frieden die Streiks vermieden werden könnten oder, wie ein Redner in blumenreicher Sprache, daß es nur dadurch „dem Fleischklumpen, welcher von der Kapitals-Bulldogge verfolgt wird, der Bestie einen Maulkorb anzulegen, der mehr Steuern kosten dürfte, als 3 tlr. in der Residenz.“

— Die eigentliche Aufgabe des Kongresses bestand in der Durchberatung der Bundesstatuten. Constatirt wurde, daß 22 Geschäftszweige durch 141 Delegierte vertreten seien, welche einen Personenstand von 12,915 Personen repräsentirten. Mit dieser Zahl sieht es indeß etwas seltsam aus, wie theilweise im Congress selbst constatirt

2) wegen Einführung des norddeutschen Bundesgesetzes über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht in Baden, und

3) wegen Einführung des norddeutschen Bundesgesetzes über die Unterstützung bedürftiger Familien zum Dienste einberufener Mannschaften der Erzarmee in Baden.

4) Dritte Lesung des Gesetzes über die Einführung des norddeutschen Bundesgesetzes betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste in Bayern. — Hölder spricht die Erwartung aus, daß die württembergische Kammer sich niemals widersezen werde, wenn die württembergische Regierung im Bundesrathe den Wegfall eines württembergischen Sonderrechts beantragen werde. Im übrigen schließt er sich der Ansicht des württ. Bevollmächtigten über die neulich erörterte staatsrechtliche Frage an. Minister v. Mittnacht (Württemberg) erläutert ausführlich aus der Entstehungsgeschichte der mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Verträge, daß nur die Zustimmung der Regierung eines jüddeutschen Staates, nicht aber die Landesvertretung zur Aufgabe eines Reservatrechts erforderlich sei, und daß er persönlich stets diese Ansicht vertreten habe. Um so mehr bedauert er, daß Abg. Lasker ihm neulich eine andre Ansicht untergeschoben habe. — Lasker entschuldigt sich mit einem Missverständnis. — Dr. Windfuhr (Meppe) führt aus, daß es sich hier um eine staatsrechtliche Frage von hoher Bedeutung handle, die zunächst wissenschaftlich diskutiert werden müsse. — Dr. Probst (Württemberg) tritt dieser Ansicht bei; durch die Beschlüsse des Reichstags konnten die Rechte der württembergischen Kammer nicht präjudiziert werden.

— Dr. Hölder hätte gewünscht, daß die Vertreter der württembergischen Regierung sich in der württembergischen Kammer über den Sinn des Vertrages deutlicher ausgesprochen hätten, damit es nicht nötig gewesen wäre, in Betreff des Vertrages einen Vorbehalt zu machen. — Minister v. Mittnacht erwidert, über diese Frage habe ein Meinungsaustausch der verbündeten Regierungen nicht stattgefunden, er sei mithin nur in der Lage, seine persönliche Ansicht auszusprechen.

Bei der Specialdiscusion wird das Gesetz in der in zweiter Lesung beschlossenen Fassung angenommen.

3) Dritte Lesung des Gesetzes über den Geldbedarf der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen. — Wird ohne Debatte definitiv genehmigt.

wurde. Bestimmungsmäßig sollte von je hundert Arbeitern für den Congres nur ein Delegirter erwählt werden, doch sind hierbei verschiedene „kleine Unregelmäßigkeiten“ vorgekommen. So wählten 200 Leichter 40 Delegirte, 80 Cigarrenarbeiter 10 Delegirte, 60 Stuhlarbeiter 5 Delegirte. Repartirt man obige Summe nach dem Verhältniß dieser menschlichen Irthümer, welche jedenfalls auch bei andren Branchen gleichmäßig verborgen sind, so dürften von dem großen Personenstande von 12,915 Personen vielleicht nur noch ca. 5000 übrig bleiben.

Berwegener Einbruch. Vor wenigen Tagen wurde ein Diebstahl im Leihamt zu Palermo ausgeführt, dessen Kühnheit und Verwegenheit an das Romanische streift. Die Diebe gelangten durch einen unterirdischen Gang, welchen sie von einem vor drei Monaten von ihnen gemieteten Hause aus anlegten, des Nachts in das Presto-Zimmer des Leihamts. Der unterirdische Gang ist 600 Schritt lang und nach allen Regeln der Kunst angelegt, es ist deshalb gar kein Zweifel, daß die Diebe über große und ungewöhnliche Mittel verfügten. Der Zins für das gemietete Haus war für ein Jahr pränumerando gezahlt, und haben sie an dem Gange mindestens drei Monate gearbeitet. Der Werth des gestohlenen Gutes kann noch nicht festgestellt werden beträgt aber jedenfalls über 2 Millionen. Die Diebe nahmen nur Pretiosen und Gold und goldene Uhrgehäuse und ließen Silber zurück. In Sicilien ist die Aristokratie gewohnt, während sie im Sommer auf dem Lande wohnt, ihre Pretiosen der Sicherheit wegen aufs Leihamt zu bringen. So hat z. B. eine Gräfin Tasca einen Brillantschmuck im Werthe von 200,000 Francs für 10 Francs versetzt. Selbstverständlich haben die Diebe diesen Schmuck nicht vergessen. Die Polizei ist überaus thätig und controlirt alle Sicilien verlassenden Schiffe, es ist jedoch wenig Aussicht, die Diebe zu entdecken, da der Diebstahl keineswegs von professionirten Dieben ausgeführt, seit langer Zeit flug angelegt und mit äußerster Geschicklichkeit ausgeführt wurde.

6) Wahlprüfungen. Bei der Wahl des Geistlichen Raths Müller im 7. Oppelner Wahlkreis sind Wahlbeeinflussungen der anstößigsten Art vom Altar und von der Kanzel herab verübt, so daß die 3. Abtheilung die Ungültigkeit der Wahl beantragt. Da seitens der Wähler aber auch Wahlbeeinflussungen zu Gunsten des Gegenkandidaten, Herzog von Ratibor, behauptet werden, beantragt die Abtheilung zugleich, die bezüglichen Eingaben dem Reichskanzler zur Kenntnahme und geeignetenfalls zur Einleitung einer Untersuchung zu überweisen.

Es erhebt sich darüber eine längere Debatte, in welcher Schröder (Lippstadt) die Gültigkeitserklärung der Wahl des Geistlichen Raths Müller unter großer Heiterkeit des Hauses beantragt; die Mehrzahl der Wähler sagte: Was sollen wir den Herzog wählen, der mit seinem Namen und Vermögen eingetreten ist für Eisenbahnunternehmungen, bei denen nicht einmal die Zinsen bezahlt werden. — Schließlich werden die Anträge der Abtheilung angenommen.

Die amtliche Untersuchung der Gesetzesüberschreitungen bei der Wahl des Herzogs von Ujest im vierten Oppelner Wahlkreis veranlaßt die dritte Abtheilung zu dem Antrage: die Akten dem Reichskanzler mit der Aufforderung nochmals zu überweisen, derselbe möge die preußische Staatsregierung veranlassen, die den preußischen Gesegen entsprechende Prüfung herbeizuführen, ob nicht wegen der in den Akten erörterten Fälle von Drohung und Bestechung Grund zur Einleitung des Strafverfahrens vorliege. — Das Haus stimmt zu.

Bezüglich des Resultates der Untersuchung wegen der Proteste gegen die Wahl des Grafen Lehndorff im 5. Gumbinner Wahlkreis beschließt das Haus nach dem Antrage der 7. Abtheilung: den Reichskanzler zu ersuchen, 1) auf Grund der vorliegenden Untersuchungsaktien gegen den Landrat v. Salmuth ein strafrechtliches Verfahren eintreten zu lassen; 2) veranlassen zu wollen, daß den Gendarmen untersagt werde, durch Vertheilung von Stimmzetteln für einen bestimmten Wahlkandidaten bei Gelegenheit ihrer Amtsverrichtungen, namentlich aber bei ihrem dienstlichen Verkehr mit Gemeindebeamten, auf den Ausfall der Reichstagswahlen einzutwirken.

Die Wahlen der Abg. Dr. Wolffson und Dr. Banks (Hamburg), sowie des Kreisrichters Böhmer (Neuwied) werden für gültig erklärt.

7) Mündlicher Bericht der Geschäftsausschussskommission über die Frage betr. die Auslegung des §. 43 der Geschäftsausschusssordnung. — Kloß (Berlin) beantragt Namens der Kommission: zu beschließen: Um das Haus zu dem in §. 43 der Geschäftsausschusssordnung bezeichneten Beschlüsse (Entziehung des Wortes) auffordern zu können, ist nicht erforderlich, daß die im §. 43 vorgeschriebene zweimalige Hinweisung ausdrücklich in der Formel: „Ich rufe den Redner zur Ordnung!“ erfolgt ist. — Dieser Antrag wird nach längerer Debatte abgelehnt, weil er nicht speziell auf den Bebel'schen Fall Rücksicht nimmt; dagegen auf Antrag des Dr. Windhorst beschlossen, die Frage an die Geschäftsausschusssordnung behufs Revision der §. §. 43 u. 57 der Geschäftsausschusssordnung zurückzuweisen.

Schluss 4³/₄ Uhr. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Deutschland.

Berlin, d. 22. Novbr. Parlamentarisches. Zu dem Militäretat beantragen die Abg. Frhr. v. Hoberck und Richter: 1) zu beschließen, für die gesamten Ausgaben der Militärverwaltung ein Pauschquantum von 83,822,589 Thlr. zu bewilligen; 2) gleichzeitig zu erklären: Bei Feststellung dieses Pauschquantums wird der Reichskanzler aufgefordert: a) für das Jahr 1872 die etwaigen Mehrausgaben an Pensionen in Folge der Gesetze vom 16. Oktober 1866 und 9. Februar 1867, und an Besoldungsverbesserungen, ferner die Erhöhung des Verpflegungszuschusses, die Verbesserung des Soldatenbrotes und die Erhöhung der Brotportion durch ausgedehntere Beurlaubungen zu bestreiten; b) auf Grund der obigen Bewilligung keinerlei Einrichtungen zu treffen, welche eine spätere Erhöhung des Militäretats über die Gesamtsumme von 99,996,343 Thlr. hinaus zur Folge haben müßten; vielmehr c) die künftig etwa nothwendige Erhöhung einzelner Statistiken der Militärverwaltung durch Herabsetzung der Friedenspräsenzstärke und Einführung der zweijährigen Dienstzeit der Infanterie herbeizuführen. — Die Antragsteller wollen damit einerseits der Erhöhung der Friedenspräsenz um 44 Mann pro Bataillon entgegenwirken, andererseits die Frist zwischen Entlassung der Reserven und Einstellung der Rekruten auf fünf Monate statt auf fünf Wochen verlängern.

Das von der Bundesregierung vorgeschlagene Gesetz, betr. die Ergänzung des deutschen Strafgesetzbuches, lautet wie folgt: Einziger Artikel. Hinter § 130 des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich wird folgender neue § 130a eingestellt: Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufs öffentlich vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche oder an einem andern zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor Mehren, Angelegenheiten des Staates in einer Weise, welche den öffentlichen Frieden zu stören geeignet erscheint, zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. — In den Motiven heißt es, nachdem auf gleichartige Strafvorwürfe in den meisten anderen Gesetzgebungen hingewiesen, u. a.: Der Geistliche steht vermöge seines Amtes dem Staate und der Gesellschaft gegenüber in einem besondern Verhältnisse: er übt, indem er Glauben

und Moral pflegt und lehrt, einen Einfluß auf den ganzen sittlichen Zustand, der seine weitere Wirkung nicht bloß auf das innere Leben der Einzelnen sondern auch auf die praktische Gestaltung der Lebensverhältnisse äußert. Begangene Ungehörigkeiten müssen daher in Folge der besonderen Stellung der Geistlichen als ein vom Staate besonders zu ahndendes delictum proprium aufgefaßt und anders beurtheilt werden, als ähnliche von nicht in gleichen Verhältnissen stehenden Personen begangene Handlungen. . . . Dass das geistliche Amt in dieser Weise gemißbraucht werden könne, ist unleugbar, da seine Träger Menschen sind; dass es in dieser Weise wirklich missbraucht sei, läßt sich erfahrungsmäßig nicht leugnen. Nun steht dem Geistlichen in seiner amtlichen Stellung dem Publikum gegenüber eine besonders gewichtige Autorität zur Seite. Er nimmt für seine Urtheile und Behauptungen das ganze Ansehen der Religion zu Hilfe. Man wird nicht die Meinung eines Einzelnen, sondern die Meinung der Kirche aus seinem Munde zu vernehmen glauben. Grade auf diejenigen, welche Kirche und Religion hochachten, wird er den sichersten und bestimmtesten Einfluß haben. Aufreizungen, welche den Frieden stören, Angriffe auf Gesetze und Staatseinrichtungen gewinnen daher, wenn sie von solcher Seite ausgehen, einen besonders gefährlichen Charakter: ihr Einfluß wird ein weit verbreiter und tiefer sein und grade auf denjenigen Theil der Bevölkerung wirken, auf dessen Gesinnung und Verhalten am meisten ankommt. Es wäre ein die wirklichen Verhältnisse leugnender Irrthum, wenn man den Geistlichen, der das Gewicht kirchlichen Ansehns hat, hier mit jedem Andern, die öffentlich ihre Meinungen äußern, auf eine Linie stellen wollte. Der von ihm begangene Missbrauch ist objektiv gefährlicher und schädlicher, weil er das sittliche Band zwischen Regierung und Volk sicher und tiefer lockert, er ist subjektiv strafwürdiger, weil dabei das Heilige und Ehrenwürdige gemäßbraucht wird. Es rechtfertigt sich vollkommen, diesen Missbrauch als ein delictum proprium zu qualifizieren.“

— In der letzten Woche haben zwischen dem Fürsten Bismarck und einzelnen hervorragenden Mitgliedern der nationalliberalen Partei vorläufige Pourparlers über den Militäretat stattgefunden, die zu dem Resultat führten, daß die Nationalliberalen die Überzeugung von der Nothwendigkeit gewannen, den eisernen Militäretat bis zum 31. Dezember 1874 zu prolongiren. Der Reichskanzler hat sich wie wir hören, in jenen Konferenzen dahin ausgesprochen, daß allerdings eine Friedensförderung für die nächsten Jahre nicht wahrscheinlich sei, bei den schwankenden Zuständen in Europa jedoch kein Staatsmann die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung des Friedens werde übernehmen wollen; wenn aber irgend etwas geeignet erscheine, die Garantien des Friedens abzuschwächen, so seien es die Klagen des Reichstages über zu hohe Militärlasten, welche im Auslande Irrthümer veranlassen und auf eine Dissonanz zwischen Regierung und Volk in Deutschland schließen lassen könnten. In drei Jahren, wo Deutschland eine nahezu unangreifbare Position gewonnen habe und eine größere Konsolidierung der europäischen Zustände erreicht sein werde, lasse sich außerdem das Bedürfnis der Friedensstärke des deutschen Heeres weit besser beurtheilen. — Diese Gründe waren für die Theilnehmer an den Berathungen durchschlagend.

— Neben die Ruhestörungen, welche in Folge der durch die Ermordung eines deutschen Soldaten nothwendig gewordenen Maßregeln in Epernay stattgefunden haben, ist in sehr detaillierter Weise hierher Bericht erstattet worden. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, ist bereits von hier aus der Befehl an das betreffende Divisionscommando in Frankreich ergangen, die dort getroffenen Maßregeln bis auf die Waffenablieferung einzuweilen zurückzunehmen.

— Der Gesetzentwurf gegen Missbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken hat zwar in der Presse, wie auch in Reichstagskreisen lebhafte Anfechtungen erfahren, wird jedoch unzweifelhaft die Majorität der Volksvertretung erhalten. Über den practischen Erfolg dieses Gesetzes gehen freilich die Ansichten sehr auseinander; das erste Resultat dürfte darin bestehen, daß die katholischen Kirchen einen erhöhten Reiz für einen großen Theil der katholischen Bevölkerung erhalten werden.

— Um ein einheitliches Verfahren in der Handhabung des Gesetzes betr. die Bewilligungen an die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen oder an Verwundungen oder Krankheiten gestorbenen Militärpersonen vom Feldwebel abwärts, für das ganze Reich herbeizuführen, sind die kürzlich mitgeteilten Ausführungsbestimmungen des preußischen Kriegs- und Finanzministers auch von den übrigen Bundesregierungen acceptirt worden.

— Die Ultramontanen, die ihre reichsfeindliche Thätigkeit neuerdings bedeutend erhöht haben und überall da ihre Hebel ansetzen, wo es gilt der Konsolidierung des deutschen Reiches entgegenzuarbeiten, streben in der Provinz Hanover nach einem vollständig gemeinschaftlichen Zusammenwirken der Katholiken und Partikularisten. In den Versammlungen der sogenannten deutsch-hannoverschen Partei hat man die Wirksamkeit der katholischen Partei besonders belobt und scheint man an die demächtig stattfindenden Zusammenkünfte der preußischen Bischöfe in Hildesheim für eine über die ganze Provinz sich erstreckende Wirksamkeit der Ultramontanen große Hoffnungen zu knüpfen. Diese Agitation wird sicherlich ihre Früchte tragen und der preußischen Regierung ein Sporn sein, die Umrüste des Klerus durch Aufhebung jeglicher Privilegien auf dem kirchlichen und Unterrichtsgebiete unschädlich zu machen.

— Infolge der durch die komische Politik des Grafen Andrássy hervorgerufenen Agitation der polnischen Nationalpartei in Galizien ist unter den Polen der Provinz Posen in letzten Tagen eine so auffallende Regsamkeit hervorgetreten, daß unsere Regierung bereits den Gedanken in Erwägung gezogen hat, für den Fall einer fortgesetzten Agitation der Ultramontanen und Polen Ausnahmestände in einzelnen Districten dieser Provinz einzutreten zu lassen und den General Vogel v. Falkenstein zum Generalgouverneur von Posen zu erheben. Wir dürfen wohl annehmen, daß unsere Regierung hierbei nicht sowohl die unmittelbare Gefahr einer Erhebung in Posen, die uns noch sehr fern zu liegen seint, ins Auge gefaßt hat, als vielmehr einen Druck auf die Politik des österreichischen Ministers des Auswärtigen auszuüben beabsichtigt, dem dadurch ein Wink gegeben werden soll, wie man in Preußen über seine sogenannte galizischen Ausgleichspolitik denkt, bei der es sich weit weniger um die Konsolidierung der österreichisch-ungarischen Monarchie als um die Herstellung einer strategischen Basis in Galizien handelt. In dieser Auffassung werden sich leitenden Staatsmänner nicht durch die Versicherungen der offiziösen österreichischen Presse beirren lassen, daß Graf Andrássy Entgegenkommen gegenüber den Polen nicht aus Motiven einer aggressiven Politik gegen Russland, sondern lediglich aus dem Bestreben zu erklären sei, mit Hilfe der Polen eine feste parlamentarische Partei im österreichischen Reichsrath herzustellen. Dieses Streben kann nur von dem festen Entschluß des leitenden österreichischen Ministers Zeugniß geben, die innere Politik in Übereinstimmung mit der äußeren zu bringen und alle Hindernisse zu beseitigen, welche einer eventuellen Action nach Außen hin entgegenstehen. Die innere Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie bleibt selbstverständlich stets eine innere Angelegenheit und erzieht sich vollständig den Einwirkungen fremder Mächte; für uns Deutsche kann es indeß nicht gleichgültig bleiben, auf welche Elemente sich jene Politik stützt, auf die deutschfeindlichen oder auf die deutschfreundlichen.

A us l a n d .

Österreich. In einer Wiener Korrespondenz des „Pester Lloyd“ wird die Stellung des Grafen Andrássy zu den Polen in folgender Weise motiviert:

Wenn Graf Andrássy für die Verständigung mit den Polen eintrat, so leitete ihn von seinem Standpunkte aus der eine Gedanke, daß hier wie in Ungarn eine kompakte Majorität die Zügel der Regierung in die Hand nehme. Eine solche Majorität allein ist die Stütze des Konstitutionalismus und daher auch jeder auswärtigen Politik die in Übereinstimmung mit den Volkswünschen vorgehen will. Der Wunsch des Grafen Andrássy, hier eine solche Majorität geschaffen zu sehen, liegt daher ganz im Bereiche seines Ressorts; er kann nicht gute auswärtige Politik machen, wenn er befürchten muß, daß ein so wichtiger innerer Faktor wie der Reichsrath sich ihm eines Tages unter der Hand verflüchtigt. Der Wunsch des Grafen Andrássy nach einer Verständigung der Verfassungspartei mit den Polen ist weder eine Ausgleichsmarotte, noch hat dieser Wunsch als solcher irgend eine Beziehung mit der auswärtigen Politik selbst, sondern ist lediglich den Ausschauungen Andrássys über die einzige Möglichkeit entsprungen, wie hier konstitutionelles Regime überhaupt zu konsolidieren wäre. Allerdings ist nicht zu leugnen, daß die auch von der Verfassungspartei anerkannte Nothwendigkeit eines derartigen Ausgleiches in dem Momente einen anderen Charakter annimmt, in welchem der Minister des Außen ihn so sehr zu betonen sich genötigt sieht. Was nach Innen auf eine konstitutionelle Aktion hinausläuft, nimmt nach Außen einen ganz anderen, in dem speziellen Falle fast demonstrativen Charakter an, den aber die Haltung des Grafen Andrássy in dieser Frage von den bereits entwickelten Gesichtspunkten aus absolut nicht hat. Für den Grafen Andrássy ist daher dieser von ihm selbst nicht gewollte Abbruch der Verhandlungen mit Kellermann doppelt peinlich, da er ihn der Mitwirkung einer ihm nicht unsympathischen Persönlichkeit beraubt, und ferner der Gründen wegen, aus denen dieser Abbruch erfolgt. Graf Andrássy läuft Gefahr, für seine ehrlichen Aspirationen auf konstitutionelle Konsolidierung der westlichen Reichshälfte nicht bloß von den verschiedenen Parteien hier verkehrt zu werden, sondern auch diese seine Politik nach Außen verdächtig und mit einer Signatur versehen zu finden, die sie absolut nicht haben kann. Es ist bedauerlich, daß die innere cisleithansche Entwicklung so sehr auf die Aktion des gemeinsamen Ministers des Außen drückt, allein die geistige Elastizität, die den Grafen Andrássy immer auszeichnete, wird ihn davor behüten, von diesen Verhältnissen erdrückt zu werden.“

— Der Besuch, welchen der Kaiser dem Grafen Beust einen Tag nach dessen Entlassung abstattete, erregte großes Aufsehen. Man berichtet nun das Folgende über den Zweck dieses Besuchs: Der Kaiser sei in später Nachmittagsstunde mit Papieren erschienen, von denen sich eins auf seine Vormundschaft für den jungen Fürsten Thurn und Taxis, der soeben seinen Großvater verloren, bezogen habe. Neben dieser Angelegenheit sollte Graf Beust in die Vermögensverhältnisse desfürstlichen Hauses eingeweiht, seinen Rat ertheilen. Außerdem soll der Kaiser dem Grafen Beust den Entwurf des Annalistreibens mitgetheilt haben, durch welches sich sein Nachfolger, Graf Andrássy, bei den Kabinetten einzuführen gedacht.

Frankreich. Paris, 19. November. Der deutsche Soldat, welcher in Epernay ermordet wurde, ist am letzten Freitag mit allen militärischen Ehren begraben worden. Die Stimmung unter den deutschen Soldaten ist keine sehr gute, und da man dort seit gestern weiß, daß der Gärtnere, welcher den Unteroffizier Kraft ermordete, von dem Auffenhofer von Meulun freigesprochen worden ist, so befürchtet man, daß es leicht zu Excessen kommen könnte. Die Entwaffnung von Epernay ist jetzt auf das ganze Departement ausgedehnt worden. Die Waffen müssen bis zum 22. abgeliefert sein. Der Maire hat folgende Proclamation erlassen:

Bedauernswerte Ereignisse haben die deutschen Behörden bestimmt, strenge Maßregeln zu ergreifen, die, wie wir hoffen, nur provisorisch sein werden. Der Maire von Epernay empfiehlt den Bewohnern die größte Ruhe und die größte Klugheit. Wenn die Notwendigkeit der Untersuchung die Verhaftung eines der Bewohner zur Folge haben würde, so muß derselbe jeden Versuch zum Widerstande oder zur Flucht vermeiden, da die deutschen Anordnungen in diesen Fällen den Soldaten gestatten, Gebrauch von ihren Waffen zu machen.

Heute wurde endlich das Urtheil im Prozeß der angeblichen Mörder der Generale Clement Thomas und Lecomte gesprochen. Noch im letzten Augenblicke protestierten die Angeklagten dagegen, an den Mordthaten Theil genommen zu haben. Das Kriegsgericht aber verurteilte alle Sieben, nämlich Verdaguier, Masselot, Lagrange, Leblond, Meyer-Simon, Herpin-Lacroix und Aldenhof zum Tode. Der Pole Kasdanski wurde zur einfachen Deportation, Gobin zur lebenslänglichen Zwangarbeit, Poncin und Chevalier zu zehn Jahren der nämlichen Strafe; Turie zu fünf Jahren und Chevalier, Alexander, Ribemont und Nas zu zwei Jahren und Saint Denis zu drei Jahren Gefängnis verurtheilt. Sieben wurden freigesprochen, nämlich die Frauenzimmer Dugas und Bonnard, Lair, Labarre, Geanty, Héfener, Lelièvre, Illinois, Simmonet und Dupont.

Während die bonapartistische Partei unter vielem Geräusch neuen Boden zu gewinnen sucht, bleiben auch die Legitimisten nicht müsig. Die äußerste Rechte der Nationalversammlung glaubt, daß der Herr Thiers nun seine Schuldigkeit gethan hat und gehen kann. Doch begreift sie, daß die monarchische Partei nur dann geschlossen und mit einiger Aussicht auf Erfolg auftreten kann, wenn sich ein Einvernehmen zwischen dem Grafen von Chambord und von Paris herstellen läßt. Es wird also aufs Neue an der „Fusion“ gearbeitet, so oft diese Versuche auch schon gescheitert sind; man wünscht dringend bei der Wiedereröffnung der Nationalversammlung die Verschmelzung als vollendete Thatsache ankündigen zu können. Graf Chambord hat zwar erst neuerdings nochmals dagegen protestiert, daß man ihm die Absicht zuschreibe, zu Gunsten des Grafen von Paris abzudanken; dagegen würde letzterer, wie man versichert, geneigt sein, sich dem Chef des Hauses unterzuordnen, wenn nur die Fahnenfrage geregelt würde und nicht das lezte Manifest des Grafen von Chambord eine noch verschärzte Gestalt erhalten hätte.

Daz man die Deutschen mit ihren eigenen Waffen schlagen muß, ist gegenwärtig ein in Frankreich überall gepredigter Satz. Aber um ihnen das Geheimniß ihrer Siege abzudringen, muß man in ihre Ideen eindringen, und so verbinde sich seltsamer Weise der Ruf nach baldiger „Revanche“ mit dem Bestreben, der bisher fast unbekannten Sprache des verhaften Landesfeindes eine möglichst weite Verbreitung in Frankreich zu geben. In komischer Weise tritt diese in sich widersprüchsvolle Agitation in der Stiftung einer „antipreußischen Liga zur Ausbreitung des Studiums der deutschen Sprache in Lyon“ her vor, welche im dortigen „Bien public“ vom 17. einen Anruf erlassen hat.

Nußland und Polen. Warschau, 16. November. Aus Wolhynien geht die Nachricht ein, daß mehrere Donische Kosakenregimenter sich theils auf dem Marsch dahin befinden, theils dort bereits eingerückt sind, um längs der galizischen Grenze dissiocirt zu werden. Der Vortrab der noch auf dem Marsch befindlichen Regimenter hat bei Miedzyborz Halt gemacht, um weitere Befehle abzuwarten. Auch in Kamieniec-Podolski und dessen Umgegend hat ein Kosakenregiment Winterquartiere bezogen. Zu welchem Zwecke diese Truppenbewegungen nach der galizischen Grenze angeordnet sind, darüber berichtet man sich hier vielfach den Kopf. Einige meinen die Regierung befürchte in den südwestlichen Gouvernements eine socialistische Bewegung unter den Bauern, andere bringen diese Truppenmärsche mit den inneren Wirren des österreichischen Kaiserstaats in Verbindung u. glauben, es sei im Falle einer polnischen Schilderhebung auf die Besitzung Galiziens abgesehen. —

Das „Milit.-Woch.“ weist darauf hin, daß Russland den Bau seiner Panzerschiffe mit ungemeiner Energie und großem Erfolg betrieben hat. In den letzten 8 Jahren sind in Russland 24 Panzerschiffe erbaut; und zwar alle im Lande selbst, während die meisten anderen Staaten Englands Arbeitskraft haben zu Hülfe nehmen müssen. Nordamerika ist nicht im Stande, gegenwärtig ein Panzerschiff von 3000 Tonnen zu bauen, während das größte der in Russland hergestellten Panzerschiffe, „der Kreuzer“, einen Gehalt von 9657 Tonnen hat, also kaum 600 Tonnen kleiner ist, als die größten englischen Schiffe, den „König Wilhelm“ aber noch um 55 Tonnen an Größe übertrifft. Dabei wird die ganze Ausrüstung der Schiffe, welche besser ist als die der englischen, im Lande selbst besorgt.

Amerika. New York, 19. November. Der Großfürst Alexis von Ruhland ist am Sonnabend um Mitternacht nach einer stürmischen Reise hier eingetroffen. — Das landwirtschaftliche Departement berichtet, daß die Aussichten auf die Baumwollernte ist diesem Monat besser sind, als im Oktober, und daß sie den mäßigen Erwartungen von Juli und August vollständig entsprechen.

— 20. November. Der schwedische Konsul in Savannah ist verbannt worden. — Aus Mexiko wird gemeldet, daß im ganzen Lande furchtbare Revolutionen ausgebrochen sind. Die Armee ist unzufrieden, die Gouverneure der Provinzen reichen ihre Entlassungen ein, allenthalben herrscht Besorgniß und die Regierung ist gelähmt. (Kabeltelegr.)

Product ersetzt, denn man erhält eine nicht unbeträchtliche Menge humussaure Kässerde, die, wie wir später sehen werden, ein vorzügliches Düngemittel ist.

— **Literarisches.** Unter den alljährlich erscheinenden Kalendern behauptet Troitsch's Volkskalender für 1872 in jeder Beziehung seinen lang bewährten Ruf, sowohl dem Inhalte als der äußerer Ausstattung nach. Der Kalender, in seinem 45. Jahrgange, enthält vier sehr gut ausgeführte Stahlstiche und ein hübsch gestochenes Titelblatt: Die Abbildung von Barzin, Landsitz des Fürsten v. Bismarck. Der unterhaltende Theil bringt eine treffliche Erzählung aus dem letzten deutsch-französischen Kriege von George Hilli, denen sich Erzählungen der so beliebten Schriftsteller Möllhausen und Strasburger, sowie kleine Mittheilungen aus dem letzten Kriege anschließen; der poetische Theil ist durch J. Trojan und Auguste Kurs vertreten. Die Kalendernachrichten sind in leicht übersichtlicher Form und vollständig gegeben; eine vergleichende Zusammenstellung der neuen Maße und Gewichte ist beigefügt, so daß wir diesen Kalender bei seiner wirklichen Gediegenheit und dem so billigen Preise von nur 10 Sgr. allen Familien bestens empfehlen können.

— **Polizei-Bericht.** Während der Zeit vom 1 bis incl 15 November cr. sind 14 Diebstähle zur Feststellung ferner 6 Obdachlose, 9 lieblicher Frauenzimmer, 9 Trunkene und Ruhelose, 5 Bettler, 3 Individuen wegen gewerbsmäßigen Hasardspiels zur Arrestirung gekommen.

253 Fremde sind angemeldet.

Als gefunden sind eingeliefert 4 Hemden, 2 Vorhenden, 1 Taschentuch und 1 hölzerner Koffer.

Börsen-Bericht.

Berlin, den 22. November 1871.

Kunde:	matt.	Roggan	Stiller.
Russ. Banknoten .	827/8	loco	58
Waschau 8 Tage .	828/8	Novbr.-Dezbr.	58
Poln. Pfandbriefe 4% 713/4		Dezbr.-Januar	573/4
Westpr. do. 4% .	90	April-Mai	571/4
Posener do. neue 4% 913/4		Novbr. Novbr.	282/8
Amerikaner	98	pro April-Mai.	282/8
Desterr. Bankn. 4% .	857/8	Spiritus	fest.
Italiener	615/8	loco	23. 5.
Weizen:	831/2	Novbr.-Dezbr.	23. —
		April-Mai	22. 19.

Getreide-Markt.

Chor, den 23. November. (Georg Hirschfeld.)

Wetter: trübe. Mittags 12 Uhr 4 Grad Wärme.

Wenig Zufuhr. Preise unverändert.

Weizen bunt 126—130 Pf. 73—75 Thlr., hellbunt 126—130 Pf. 78—80 Thlr., hochbunt 126—132 Pf. 81—82 Thlr. pr. 2125 Pf.

Roggen, 122—125 Pf. 50—52 Thlr. pro 2000 Pf.

Erbse, 50—54 Thlr. pro 2250 Pf.

Spiritus pro 100 Ort. a. 80% 22—221/2 Thlr.

Russische Banknoten 82%, der Rubel 27 Sgr. 7 Pf.

Danzig, den 22. November. Bahnpreise.

Weizenmarkt: ruhiger, Preise aber unverändert. Zu notieren: für ordinär und bunt 120—123 Pf. von 70—73 Thlr., roth 126—132 Pf. von 75—78 Thlr., hell- und hochbunt u. glasig 125—132 Pf. von 78—82 Thlr., 133 Pf. 83 Thlr. weiß 126—132 Pf. von 82—85 Thlr. pro 2000 Pf.

Roggen frisch 120—125 Pf. von 521/2—55 Thlr. pro 2000 Pf. bez.

Gerste, unverändert, kleine nach Qualität von 101—108 Pf. 45—49 Thlr., große nach Qualität 110—115 Pf. von 50—53 Thlr. pr. 2000 Pf.

Erbse, nach Qualität von 50—53 Thlr. pr. 2000 Pf.

Hafer nach Qualität 40—41 Thlr. pro 2000 Pf.

Spiritus 20% Thlr. pr. 8000% Tr.

Danzig, 22. November. Getreide-Börse. Wetter: trübe; früh Morgens schwacher Frost. Wind N.

Weizen loco ist am heutigen Markte in ruhiger Stimmung gewesen, doch sind 600 Tonnen zu unverändert gestrichen Preisen gehandelt. Bezahlte wurde für roth 126 Pf. 78 Thlr., blau-purpur 125 Pf. 70%, bunt 117 Pf. 682/8 Thlr., 125 Pf. 79 Thlr., 126, 126/7, 127 80, 801/2, 802/8 Thlr., hellbunt 126, 127—8 Pf. 81, 811/2 Thlr., 128 Pf. 82 Thlr. 129/130 Pf. 821/2 Thlr., hochbunt und glasig 130, 130/131 Pf. 831/2, 832/8 Thlr., 131 Pf. 84 Thlr., weiß 127 Pf. 84 Thlr., extra fein weiß 128 Pf. 89 Thlr. pr. Tonne. Termine fester gehalten, 126 Pf. bunt November 801/2 Thlr. bez., April-Mai 80 Thlr. Br., 79 Thlr. Gd. Regulierungspreis 126 Pf. bunt 80 Thlr.

Roggen loco in polnischer alter Waare nicht gehandelt, in inländischer neuer schwerhaltiger Verkauf, 125 Pf. 55 Thlr., 126 Pf. 551/2 Thlr., 127 Pf. 56 Thlr. pr. Tonne bezahlt, Umsatz 20 Tonnen. Termine fester 120 Pf. November 511/2 Thlr. bezahlt, April-Mai 532/8 Thlr. Br., 120 Pf. inländischer April-Mai 541/2 Thlr. bez. Regulierungspreis 120 Pf. 511/2 Thlr. — Gerste loco flau, kleine 104 Pf. 46 Thlr., große 105 Pf. 46 Thlr., 114 Pf. 521/2 Thlr. pr. Tonne bez. — Erbse loco flau, Koch= nach Qualität 50%, 52 Thlr. bez. — Leinat feine Qualität 811/2, 82 Thlr., Mitte waare 78 Thlr. pr. Tonne bezahlt. — Thymothee loco zu 151/2 Thlr. pr. 200 Pf. verkauft. — Spiritus loco zu 201/4 Thlr. gehandelt.

Amliche Tagesnotizen.

Den 23. November. Temperatur: Wärme 2 Grad. Luftdruck 28 Zoll 4 Strich. Wasserstand: 2 Fuß 8 Zoll.

Inserate.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Nachdem die Eisenbahnstrecke Thorn-Jablonowo dem öffentlichen Verkehr übergeben, haben wir in Übereinstimmung mit der Gemeindebehörde die Preise für die Droschken- und Omnibusfahrten von der Stadt Thorn nach dem Bahnhofe Mocker und umgekehrt wie folgt festgesetzt:

1. Für Droschken.

a. am Tage:	
für eine Person	7 Sgr. 6 Pf.
für zwei Personen	12
für 3-4 Personen	15
b. zur Nachtzeit:	
für eine Person	10 Sgr.
für zwei Personen	15
für 3-4 Personen	20

2. Für Omnibusse.

bei Tage	3 Sgr.
bei Nacht	6 pro Person.

Auf allen Fahrten ist kleines Handgepäck frei, größeres Gepäck wird pro Stück mit 1 Sgr. bezahlt.

Thorn, den 21. November 1871.

Der Magistrat. Pol.-Verw.

Bekanntmachung.

An den hiesigen Mädchenschulen sind zum 1. April f. J. folgende Stellen zu besetzen:

1. die einer Elementarlehrerin mit einem jährlichen Gehalte von 200 Thlr. und der Verpflichtung, wöchentlich 28 Stunden zu ertheilen;

2. die eines ersten Lehrers an der Bürgermädchen-Schule, der die Rectorqualification besitzen muß, mit einem jährlichen Gehalte von 500 Thlr. und der Verpflichtung unter Leitung des Dirigenten der Mädchenschulen, die Aufsicht über die Bürgermädchen-Schule zu führen und bis zu 28 Stunden wöchentlich Unterricht zu ertheilen.

3. die eines ersten Lehrers an der Mädchen-Elementarschule, der wo möglich die Rectorqualification besitzen muß, mit einem jährlichen Gehalte von 400 Thlr. und der Verpflichtung unter Leitung des Dirigenten der Mädchenschulen, die Aufsicht über die Mädchen-Elementarschule zu führen, und bis zu 28 Stunden wöchentlich Unterricht zu ertheilen;

4. die eines zweiten wissenschaftlichen Lehrers an der höheren siebenstufigen Töchterschule, der die facultas docendi für höhere Lehrerstellen im Deutschen, der Geschichte, Geographie und womöglich Rechnen besitzen muß, mit einem jährlichen Gehalte von 700 Thlr. und der Verpflichtung bis zu 24 Stunden wöchentlich Unterricht zu ertheilen;

5. die einer wissenschaftlichen Lehrerin an der hiesigen siebenstufigen höheren Töchterschule, welche die Qualifikation für den Unterricht in den oberen Klassen einer höheren Töchterschule namentlich im Englischen, außerdem im Französischen und Deutschen, womöglich auch im Zeichnen besitzen muß, mit einem jährlichen Gehalte von 350 Thlr. und der Verpflichtung, bis zu 28 Stunden wöchentlich Unterricht zu ertheilen.

Die Meldungen sind bis zum 3. Dezember d. J. einzureichen.

Thorn, den 11. November 1871.

Der Magistrat.

Am Montag den 27. November wird

Dr. Gerhard Rohlf's

im Saale des Artushofes

Vortrag

halten über seine Reisen in Afrika (Speziell)

Anfenthalt beim Sultan von Marocco, Übersteigung des großen Atlas und Exploration der Oasen Tasilet, Draa, und Tuad.

Eintrittskarten à 12½ Sgr. sowie Karten für Schüler und Schülerinnen à 6 Sgr. sind in der Buchhandlung des Hrn. Ernst Lambeck zu haben.

Anfang 7½ Uhr Abends. Tassenpreis 17½ Sgr.

Special-Karten zu Dr. Rohlf's Reisen à 2 Sgr. das Stück sind in obiger Buchhandlung zu haben.

Die Eröffnung meines Weihnachts-Ausverkaufes

in Kleiderstoffen, Jaquetts, Mänteln u. Pelzwaren aller Art, zu auffallend billigen Preisen, beehe ich mich ergebenst anzugeben.

Moritz Meyer.

Ausverkauf

von sämtlichen zurückgelegten Waaren beginnt

am 1. Dezember a. C.

Manufactur-, Leinen-, Wäsche- und Confections-Geschäft.

L. Bulakowski
in Thorn, Breitestrasse 446.

Dem geehrten Musik treibenden Publikum der Stadt Thorn und ihrer Umgebung empfehle ich hierdurch meine

Musikalien-Leih-Anstalt

zu gefälliger Benutzung.

Es ist dieselbe in diesem Jahre abermals wesentlich und zwar durch 793 Piecen vergrößert worden: für 2 Pianofortes zu 4 und 8 Händen, Musik für das Pianoforte zu 4 Händen, darunter Clavier-Auszüge, Ouvertüren, Rondos, Fantasien, Tänze und Märkte, ferner Musik zu zwei Händen, darunter wieder Clavier-Auszüge, Ouvertüren, Rondos, Tänze und Märkte in großer Auswahl, endlich mehrstimmige Gesänge und Lieder für 1 Singstimme mit Begleitung des Pianoforte.

Die Auswahl der Musikstücke bei welcher ich den freundlichen Rath Musikverständiger vielfach benutzt habe, ist, ich glaube es aussprechen zu dürfen, eine glückliche und wird vielseitig zufriedenstellen.

Meine Bedingungen für das Abonnement, welche dem Haupt-Cataloge vordruckt sind, gehören zu den billigsten und das Interesse des Publikums am meisten fördernden.

Der Eintritt zum Musikalien-Abonnement kann jeder Zeit stattfinden.

Der neueste Nachtrag des Cataloges, (der 4. v. 1. October 1871) steht jedem Musikliebhaber zu Diensten.

Thorn, den 15. November 1871.

Ernst Lambeck.

A V I S für die Herren Landwirthe.

Nachdem ich das bei der Tiefbohrung hier selbst gewonnene Salzbohrmehl zum Vertriebe als

R i e h s a l z

käuflich erworben habe und die Denaturirung desselben unter Kontrolle der diesseitigen Königlichen Steuer-Behörde bereits erfolgt ist, offerire ich solches bei Entnahme kleinerer Partien zum Preise von 20 Sgr. pr. Ctr. excl., bei größeren Quanten mit entsprechendem Rabatt und leihweiser Hergabe von Säcken billigst.

W. Poplawski,

Inowraclaw.

Bayrisch Bier

pro Thaler 28 Flaschen
empfiehlt Carl Spiller.

B r e i t l i n g e ,

(kleine Heringe), ähnlich den Sardellen, das Pfund — resp. 54—60 Stück — à 1½ Sgr., empfiehlt

A. Mazurkiewicz.

Feinstes helles Lagerbier

täglich vom Fass bei

Friedrich Schulz.

S ch o t t e n - u n d I h l e n - H e r i n g e

in schöner Qualität und fester Packung 12½ Thlr. pr. To. offerirt

A. Stenzler, Brückenstr.

Mageburger Sauerkohl,

Saure Gurken,

Engl. Zucker-Syrup,

Paraffin- und Stearinkerzen,

empfiehlt Carl Spiller.

C h r i s t i a n i a H e r i n g e

ziemlich groß, das Schok 7½ Sgr., zum Marinieren sc. bei A. Mazurkiewicz,

F r a n k f u r t e r L o t t e r i e .

Ziehung den 5. u. 6. Dezember 1871.
Originalloose 1. Klasse à Thlr. 3. 13 Sgr.
Getheilte im Verhältniß gegen Postvorschuß oder Posteinzahlung frco. zu beziehen durch

J. G. Kämel,

Haupt-Collecteur in Frankfurt a. M.



Mein Wohnhaus nebst Stall, 2 Morgen Gartenland und Wiese, auf klein Mocker an der Chaussee gelegen, steht unter guten Bedingungen zu verkaufen.

Carl Kessler.

Wer sich vor Schaden bei der am 1. Januar 1872 bevorstehenden Einführung der neuen Maße und Gewichte bewahren will, laufe sich „Kameke's kleiner Rechenknecht“ oder dessen „Ruductionstabellen No. 1—4, Preis des Heftes nur 5 Sgr., oder desselben Verfassers 38 Umwandlungstabellen. Preis 6 Sgr. Vorrätig bei Ernst Lambeck in Thorn.

K i e l e r S p r o t t e n

bei L. Dammann & Kordes.

Mein Atelier für Kunsl. Zahne und Gebisse befindet sich jetzt Brückenstr. 39, 2. Etage und bin ich daselbst von 10—12 Uhr Vorm. und von 2—4 Uhr Nachm. zu sprechen.

H. Schneider.

Die am 23. d. Ms. nicht beendigte Versteigerung der vom Prof. Dr. Janson hinterlassenen Bibliothek wird am 25. d. Ms., 2 Uhr Nachm., im Gymnasialgebäude fortgesetzt.

Tanz-Unterricht

von

J. Jettmar.

Hiermit beehe ich mich anzugeben, daß ich nach wie vor zu geeigneter Zeit eintreffen werde.

Hochachtungsvoll

J. Jettmar.

Bei Ernst Lambeck in Thorn ist zu haben:

Schultze & Müller's

humoristisch satyrischer

Reichs- u. Volks-Kalender

für 1872.

Mit vielen Illustrationen.

2. Jahrgang.

Preis 10 Sgr.

Das Neueste in Kinderkapotten und Gilzhüten zu den billigsten Preisen empfhlen Geschwister Bayer.

Gute gesunde frische Roggen- und Weizenkleie, sowie Rüb- und Leinkuchen und trockene blaue Lupinen empfiehlt billigst das Landwirthschaftliche Etablissement Simon M. Leiser, neben der Königl. Bank.

Bei G. Basse in Quedlinburg erschienen und bei Ernst Lambeck in Thorn vorrätig:

Hirsch Joseph's

(Lehrer im Kaufm. Rechnen zu Halberstadt) Kaufmännisches Rechenbuch, enthaltend 1615 ausgerechnete Aufgaben. Siebente, nach dem neuen metrischen Maasse und Gewichte, sowie nach den neuesten Courses völlig umgearbeitete Auflage. Preis 2 Thlr.

Dieses seit 30 Jahren bekannte Werk des seit einem halben Jahrhundert Rechenunterricht ertheilenden Hirsch Joseph erscheint in dieser siebenten Auflage nach dem neuen Meternmaße und sei hierdurch Kaufleuten, Lehrern, Beamten, Landwirthen und Geschäftreibenden zum Selbstunterricht empfohlen.

Joseph's

Aufgaben zum Kaufm. Rechnen, Preis 7½ Sgr., sind in der soeben ausgegebenen dritten Auflage auch nach dem metrischen Maße und neuem Gewichte bearbeitet.

Der schnelle Ausrechner beim Getreide-Ein- u. Verkauf, nach dem neuen Gewichte und dem neuen Meternmaße sowohl, wie auch nach Preußischen Wispeln, Scheffeln und Erfurter Maltern berechnet. Von J. B. Montag. Preis 12½ Sgr.

Wer geneigt ist den Verkauf von Butter, Eiern, geschlachtetem Geflügel sc. die wöchentlich einige Mal mit der Insferburger Bahn hier ankommen, zu übernehmen, beliebe seine Adresse in der Exped. d. Btg. abzugeben.

Feinen türkischen Plaumenmus, sowie geschältes Backobst, trockene Kirschen sc. sc. empfiehlt A. Mazurkiewicz.

Mehrere Köchinnen mit guten Zeugnissen weiß nach Siugelmann. Wiethsfrau.

Kellerstuben,

geräumig und hell, mit Kochherd und 2 Fenstern nach der Straße, vom 1. April 1872 ab zu vermieten Culmerstr. 332 bei E. Mielziner.

Ein Speicher mit zwei Schüttungen zu vermieten Altstädt. Markt 296.

Rosenow.

Stadttheater in Thorn. Freitag, den 24. Novb. Der Talisman oder: Roth, schwarz, blond und grau.“ Posse mit Gesang in 3 Akten und 6 Abtheilungen von Nestroy.

Adolf Blattner, Director des Stadttheaters.